



CONGRESS REPORT

Entscheidungen und Entscheidungsprozesse der
Legislative der Vereinigten Staaten von Amerika

Jahrgang 21, No. 9-10/2006

**abgeschlossen am
11. Oktober 2006**

	<u>Seite</u>
1. Congress verabschiedet <i>Military Commissions Act</i>	1
2. Repräsentantenhaus für Legalisierung kontroverser Abhörpraktiken	3
3. Congress verabschiedet Grenzsicherungsgesetz	5
4. Verteidigungsbewilligungsgesetz 2007 beschlossen	6
5. Überbrückungshaushalt verabschiedet	7
6. Auszüge aus Geheimdienstbericht zu „Trends in Global Terrorism“ veröffentlicht	8
7. Erneut Wirbel um Warnungen vor Terroranschlägen von 2001	9
8. Entscheidung über Nominierung von VN-Botschafter Bolton vertagt	10
9. Foley-Skandal erschüttert republikanische Führung des Repräsentantenhauses	11
10. Congress-Wahlen 2006: Zitterpartie um Mehrheiten	13

1. Congress verabschiedet *Military Commissions Act*

Nach monatelangem Tauziehen hat der Congress der Exekutive Ende September 2006 weitgehende Rechte im Umgang mit Gefangenen eingeräumt, die des Terrorismus verdächtigt werden.

Der so genannte *Military Commissions Act of 2006* (S 3930) wurde vom Senat am 28. September 2006 mit 65:34 Stimmen verabschiedet. Das Repräsentantenhaus zog einen Tag später mit 253:168 Stimmen nach. Im Senat stimmten 53 Republikaner und 12 Demokraten für die Gesetzesvorlage, während sich 32 Demokraten, 1 Republikaner und ein Unabhängiger dagegen aussprachen. Im Repräsentantenhaus stellten sich 219 Republikaner und 34 Demokraten hinter Bush. 160 Demokraten, 7 Republikaner und ein Unabhängiger verweigerten dem Präsidenten ihre Unterstützung.

Bush hatte dem Congress im Rahmen der Beratungen über die Gesetzesvorlage am 28. September persönlich einen Besuch abgestattet, um die Bedeutung der Gesetzesvorlage für den „war on terrorism“ zu unterstreichen und die republikanischen Mehrheiten in beiden Kammern zur Geschlossenheit in ihrem Abstimmungsverhalten zu bewegen.

Das Gesetz

- ermächtigt den Präsidenten zur Einrichtung von Militärkommissionen, um so genannte *alien unlawful enemy combatants* zu verurteilen, denen Kriegshandlungen („hostilities“) gegen die USA vorgeworfen werden;
- unterscheidet zwischen „lawful“ und „unlawful enemy combatants“, wobei unter letzteren Individuen verstanden werden, die in Kriegshandlungen gegen die USA verwickelt sind und weder zu den regulären Streitkräften eines Landes noch zu einer Miliz oder Widerstandsgruppe zählen;
- verweigert *alien unlawful enemy combatants* das Recht, sich während ihres Prozesses vor einer Militärkommission auf die Genfer Abkommen im Umgang mit Kombattanten und Kriegsgefangenen zu beziehen;
- lässt keine Beweismittel der Anklage zu, die durch Folter erzwungen worden sind, was im Einklang mit dem *Detainee Treatment Act of 2005* steht, der jede grausame, inhumane oder herabwürdigende Behandlung von Personen verbietet, die sich in Gewahrsam des US-Verteidigungsministeriums befinden (vgl. CR 12/2005, S. 2).
- versagt den Angeklagten das Recht, die Rechtmäßigkeit ihrer Inhaftierung von einem Bundesgericht überprüfen zu lassen (*writ of habeas corpus*).

Mehrere Zusätze der Demokraten zum *Military Commissions Act* im Senat scheiterten an der dazu erforderlichen einfachen Mehrheit. Dazu zählten ein Vorstoß von Senator Robert C. Byrd (D-W.Va.), der die Laufzeit des Gesetzes auf fünf Jahre begrenzen wollte, genauso wie ein Zusatz von Senator Edward M. Kennedy (D-Mass.), der auf

eine genaue Bezeichnung der Verhörmethoden drängte, die durch das Gesetz untersagt sind.

Während Senate Majority Whip Mitch McConnell (R-Ky.) die Gesetzesentscheidung als „wartime legislation“ feierte, die „unsere Truppen schützt“, bezeichnete Senate Minority Leader Harry Reid (D-Nev.) die Entscheidung als „verfassungswidrig“, die vor dem Obersten Gerichtshof keinen Bestand haben werde.

Der *Supreme Court* hatte in seiner Entscheidung *Rasul et al. v. Bush, President of the United States et al.* im Juni 2004 das Recht von Gefangenen in *Guantanamo Bay* auf Überprüfung der Gesetzmäßigkeit ihres Gefangenenstatus durch US-Gerichte (*petitions for writ of habeas corpus*) ausdrücklich unterstrichen. Im Juni 2006 erklärte der Oberste Gerichtshof darüber hinaus in seiner Entscheidung *Hamdan v. Rumsfeld, Secretary of Defense et al.* die von Präsident Bush eingerichteten Militärkommissionen zur Aburteilung von Gefangenen in *Guantanamo Bay* für verfassungswidrig und forderte den Congress dazu auf, die Gesetzeslücke durch einen „Congressional Act“ zu schließen. Außerdem unterstrich der Supreme Court, dass Salim Ahmed Hamdan, ein jemenitischer Staatsbürger, der im Juni 2002 nach *Guantanamo Bay* verbracht worden war, Anspruch auf minimale Gefangenenrechte nach dem III. Genfer Abkommen hat.

Der Bush-Administration ist im Rahmen ihrer Politik der *Preventive Detention* immer wieder vorgeworfen worden, dass sie den Gefangenen in der *Guantanamo Bay Naval Base* grundlegende Rechte versagt und sich schwerwiegenden Menschenrechtsverletzungen schuldig gemacht hat. Präsident Bush hat Anfang September 2006 erstmals öffentlich eingeräumt, dass die USA geheime Gefangenenlager unterhalten, die von der CIA betrieben werden. Den Congress forderte er auf, für die rechtlichen Grundlagen für eine Anklage und Verurteilung dieser „enemy combatants“ durch Militärgerichte zu sorgen.

Im Vorfeld der nun durch den Congress getroffenen Entscheidung hatten drei einflussreiche Republikaner, die Senatoren John McCain (Arizona), John W. Warner (Virginia) und Lindsey Graham (South Carolina) massive öffentliche Bedenken gegen den *Military Commissions Act* angemeldet.

Ihre Kritik entzündete sich vor allem an der Absicht der Bush-Administration, den Umgang mit *alien unlawful enemy combatants* explizit außerhalb der Genfer Abkommen von 1949 zu stellen. Der Congress hat die Genfer Abkommen 1955 ratifiziert und deren Bedeutung im so genannten *War Crimes Act* von 1996 (*Public Law 104-192*) ausdrücklich unterstrichen.

Im Genfer Abkommen ist unter anderem der Umgang mit Kombattanten und Kriegsgefangenen geregelt, die „unter allen Umständen mit Menschlichkeit behandelt werden müssen“. Schädigungshandlungen sind ausdrücklich untersagt, gleich, ob sie nun durch zivile Bedienstete oder durch Militärpersonen begangen werden. Dazu zählen „Folter jeder Art“ sowie die „Beeinträchtigung der persönlichen Würde, insbesondere entwürdigende und erniedrigende Behandlung“ von Kombattanten und Kriegsgefange-

nen.

Präsident Bush hatte den Congress dazu aufgefordert, die im III. Genfer Abkommen festgeschriebenen grundlegenden Menschenrechtsgarantien für Kombattanten und Kriegsgefangene im „Krieg gegen den Terror“ außer Kraft zu setzen. Dies entspricht einer Position, die er seit Januar 2002 mit Verweis auf die ihm durch die US-Verfassung zugeschriebenen Rechte als „Oberkommandierender der Streitkräfte“ einnimmt. Danach haben so genannte *enemy combatants* im Umfeld von Al Kaida keinen Anspruch auf Schutz nach dem Genfer Abkommen.

Zwar konnte sich der Präsident mit dieser Position nicht gegenüber dem Congress durchsetzen. Gleichwohl ist es ihm nun gelungen, die vom *Supreme Court* als verfassungswidrig eingestuften Militärkommissionen zu legalisieren. Gleichzeitig räumte ihm der (republikanisch kontrollierte) Congress großen Spielraum in der Interpretation dessen ein, was unter einem „schwerwiegenden Bruch“ des Genfer Abkommens im Umgang mit *unlawful enemy combatants* zu verstehen ist. Schließlich kann die CIA ihre geheimen Gefangenenlager weiter betreiben und auch ihre Politik der *preventive detention* fortsetzen. Dem Präsidenten ist es mit Verweis auf den „war on terror“ erneut gelungen, sich gegenüber dem Congress mit seinen Forderungen größtenteils durchzusetzen.

Inwieweit der *Military Commissions Act of 2006* freilich einer Überprüfung durch den Obersten Gerichtshof standhält, muss sich erst noch erweisen. Kritiker wie Senator Carl Levin (D-Mich.) halten die Entscheidung des Congress mit Blick auf *habeas corpus* schlicht für verfassungswidrig. Auch Arlen Specter (Penn.), der republikanische Vorsitzende des Rechtsausschusses im Senat, warnte vor der offensichtlichen Einschränkung der Rechtsansprüche von Nicht-Amerikanern durch das nun vom Congress verabschiedete Gesetz.

Das *Center for Constitutional Rights*, welches eine Reihe von Guantanamo-Häftlingen vertritt, kündigte Klage gegen die Entscheidung an, da die Eliminierung von *habeas corpus* dem *Judiciary Act* von 1789 widerspreche. Schließlich habe der *Supreme Court* im Jahr 2004 in seiner Entscheidung „*Rasul v. Bush*“ deutlich gemacht, dass „this Court has recognized the federal courts’ power to review applications for habeas relief in a wide variety of cases involving Executive detention, in wartime as well as in times of peace“. In Guantanamo Bay werden derzeit mehrere Hundert *unlawful enemy combatants* gefangen gehalten.

2. Repräsentantenhaus für Legalisierung kontroverser Abhörpraktiken

Das Repräsentantenhaus hat am 28. September 2006 in einer parteipolitisch polarisierten Abstimmung ein Abhörgesetz angenommen, dass die kontroversen Praktiken der Bush-Administration mit geringfügigen Modifikationen legalisiert.

Für die Gesetzesvorlage stimmten 232 Abgeordnete, darunter 18 Demokraten. Dagegen sprachen sich 191 Abgeordnete, darunter 13 Republikaner aus.

Die Debatte um die Abhörpraxis der Bush-Administration hatte sich Ende Dezember 2005 an Zeitungsberichten entzündet, die das Abhören von internationalen Telefonaten und des Email-Verkehrs auch von US-Bürgern durch die *National Security Agency* (NSA) öffentlich gemacht haben (vgl. CR 11-12/2005, S. 1).

Kritiker der Administration aus den Reihen der Demokratischen wie der Republikanischen Partei weisen darauf hin, dass solche Abhöraktivitäten gemäß den Bestimmungen des *Foreign Intelligence Surveillance Act* (FISA) von 1978 nur unter der Kontrolle eines speziell hierfür geschaffenen FISA-Sondergerichts zulässig sind.

Die Administration hält dagegen daran fest, dass sie in Kriegssituationen aufgrund der verfassungsrechtlichen Vollmachten des Präsidenten als *Commander in Chief* sowie auf der Basis der Kriegsermächtigungen durch den Congress auch ohne richterliche Erlaubnis abhören kann.

Die von Heather A. Wilson (R-N.M.), der Vorsitzenden des *Subcommittee on Technical and Tactical Intelligence* des *House Intelligence Committee*, eingebrachte Vorlage erlaubt der Administration nach Terroranschlägen die Überwachung der Telefon- und Internetkommunikation von US-Bürgern in einem 60-Tage-Zeitraum ohne Gerichtsbeschluss, in Ausnahmefällen auch länger.

Wie die demokratische Opposition und eine Reihe republikanischer Kritiker anmerken, kommt die Wilson-Vorlage der Administration sehr weit entgegen, ohne wirkliche Kontrollmechanismen einzubauen.

Die Verabschiedung einer von allen Seiten als dringlich erachteten, konsensualen Regelung der umstrittenen Abhörpraktiken ist bisher am Senat gescheitert (vgl. CR 3/2006, S. 3).

Eine von Senator Arlen Specter (R-Pa.), dem Vorsitzenden des *Judiciary Committee*, in Abstimmung mit der Administration ausgearbeitete Gesetzesvorlage sieht eine einmalige Überprüfung des NSA-Abhörprogramms durch das FISA-Sondergericht vor, erlaubt aber dessen Fortführung.

Angesichts der Vorbehalte der Demokraten wie einiger republikanischer Senatoren um John E. Sununu (R-N.H.) gegen eine solche „Blanko-Vollmacht“ für die Administration bleibt allerdings fraglich, ob dieser Vorschlag mehrheitsfähig ist.

Während die gesetzliche Absicherung der Abhörpraxis in der einen oder anderen Form und unter mehr oder minder strikten Auflagen als sicher gilt, ist die Debatte und Abstimmung über ein neues Abhörgesetz vorerst auf die Sitzungsperiode des Congress nach den November-Wahlen (*lame duck session*) vertagt worden.

3. Congress verabschiedet Grenzsicherungsgesetz

Nachdem Versuche einer umfassenden Reform zur Eindämmung der illegalen Immigration vorläufig gescheitert sind, hat der Congress im September 2006 ein Gesetz zum Ausbau der Grenzsicherungsanlagen verabschiedet, dass von den republikanischen Mehrheiten als erster Schritt einer weitergehenden Lösung propagiert wird.

Der Senat sprach sich nach kontroverser Debatte und der Zusage von Zugeständnissen durch *Majority Leader* Bill Frist (Tenn.) Ende September mit 80 gegen 19 Stimmen mit überwältigender Mehrheit für das Gesetz aus.

Das Repräsentantenhaus hatte die von Peter T. King (R-N.Y.), dem Vorsitzenden des *Homeland Security Committee*, eingebrachte Vorlage bereits Mitte September mit 283 gegen 138 Stimmen angenommen.

Das Gesetz

- autorisiert den Bau von Grenzzaun-Anlagen in Arizona, Kalifornien, New Mexico und Texas, die eine Gesamtlänge von über 1.000 Kilometern (700 Meilen) haben sollen. Zudem sind Pilotprojekte für elektronische Sicherungsanlagen und eine verstärkte Luftüberwachung mit unbemannten Flugzeugen vorgesehen.

Die Kosten allein für den Bau der neuen Grenzzaun-Anlagen werden auf über 2 Mrd. USD geschätzt. Bisherige Erfahrungen mit dem Bau und der Unterhaltung eines Grenzzauns in San Diego (Cal.) legen allerdings nahe, dass die tatsächlichen Kosten die Schätzungen deutlich überschreiten dürften.

Kritiker wenden zudem ein, dass lokale oder regionale Bemühungen um eine Stärkung der Grenzsicherung in der Regel nur zu einer Verlagerung der Ströme illegaler Einwanderung in andere Gebiete führen.

Konservative Republikaner, die die Bekämpfung illegaler Immigration zu einem der zentralen Wahlkampfthemen 2006 (siehe Punkt 10) gemacht haben, propagieren das Gesetz lautstark als großen Durchbruch und als Beweis der Ernsthaftigkeit ihres Engagements in dieser Frage.

Der kostspielige PR-Erfolg kann allerdings kaum die anhaltende Kontroverse um die Grundlinien einer umfassenderen Regelung innerhalb der Republikanischen Partei wie zwischen Senat und Repräsentantenhaus überdecken (vgl. CR 9-10/2006, S. 7).

Republikanische Verfechter einer Strategie, die den Ausbau der Grenzsicherung mit der Ausweitung von Gastarbeiter-Programmen kombiniert, stimmten wie Arlen Specter (R-Pa.), der Vorsitzende des Rechtsausschusses des Senats, dem Grenzzaun-Gesetz nur zögerlich und mit Vorbehalten zu.

Sie befürchten wie ihre demokratischen Kollegen, dass die Teillösungs-Taktik der konservativen Republikaner Verhandlungen um einen breiter angelegten Kompromiss erschweren, weil sie die Anreize für Zugeständnisse von konservativer Seite vermindern.

Präsident Bush begrüßte das Gesetz nachdrücklich, hielt aber daran fest, dass er eine von der Administration unterstützte „große Lösung“, die Erleichterungen für Arbeitsmigranten beinhaltet, unverändert für notwendig hält. Die Chancen dafür noch in der laufenden Legislaturperiode sind angesichts der hartnäckigen Haltung der konservativen Parteimehrheit jedoch weiter gesunken.

4. Verteidigungsbewilligungsgesetz 2007 beschlossen

Der Senat hat am 29. September 2006 einstimmig der Vorlage des Vermittlungsausschusses zum Verteidigungsbewilligungsgesetz 2007 (*Fiscal Year 2007 Defense Appropriations*) zugestimmt und damit den Weg für die Unterzeichnung des Gesetzes durch Präsident Bush frei gemacht. Das Repräsentantenhaus hatte der Vorlage bereits am 26. September mit 394:22 Stimmen zugestimmt.

Das Verteidigungsbewilligungsgesetz ist das erste von insgesamt 13 erforderlichen Bewilligungsgesetzen (vgl. Punkt 5), die der Congress zum rechnungstechnischen Beginn des neuen Haushaltsjahres 2007, dem 1. Oktober 2006, verabschiedet hat.

Das Bewilligungsgesetz hat einen Gesamtumfang von 436,54 Mrd. USD. Zieht man die Mittelbewilligung für die militärischen Operationen im Irak und Afghanistan ab, dann beläuft sich der Mittelansatz für das Pentagon im neuen Haushaltsjahr 2007 auf 377,62 Mrd. USD. Diese Bewilligungssumme liegt 19 Mrd. USD über dem Haushaltsansatz des Vorjahres für das Pentagon.

Im Einzelnen sieht die *Defense Appropriations* für das Haushaltsjahr 2007 u.a. vor:

- 119,75 Mrd. USD für den Bereich Operationen und Unterhaltung der US-Streitkräfte;
- 86,35 Mrd. USD für Personalausgaben;
- 80,91 Mrd. USD für die Beschaffung neuer Waffensysteme;
- 75,72 Mrd. USD für die Erforschung und Entwicklung neuer Waffensysteme und
- 70 Mrd. USD für so genannte „military emergencies“, zu denen die militärischen Operationen in Afghanistan und im Irak zählen.

Bereits zum jetzigen Zeitpunkt ist abzusehen, dass die Haushaltsmittel für den Krieg im Irak (seit 2003) und in Afghanistan (seit 2001) nur eine Art Überbrückungssumme

darstellen, die keineswegs für das gesamte Haushaltsjahr, welches am 30. September 2007 endet, ausreichen wird.

Vielmehr ist im Frühjahr 2007 von einer Ergänzungsforderung der Bush-Administration in diesem Bereich auszugehen. Der Congress hat für die Befriedung Afghanistans und des Iraks bisher fast eine halbe Billion USD bewilligt, ohne dass sich ein erfolgreiches Ende des militärischen Engagements der USA in der Region abzeichnet.

Im Vermittlungsausschuss einigten sich die Verhandlungsführer beider Kammern in diesem Zusammenhang darauf, dass die zur Verfügung gestellten Haushaltsmittel nicht zur Einrichtung von „dauerhaften“ Militäranlagen der USA im Irak eingesetzt werden dürfen. Es müsse, so der Vorsitzende des Bewilligungsunterausschusses für die Verteidigung im Repräsentantenhaus, C. W. Bill Young (R- Fla.), der Eindruck vermieden werden, dass der Irak ein „client state“ der USA werden soll.

Zuvor hatten die Demokraten im Senat die Irakpolitik der Administration scharf kritisiert und einen „Kurswechsel“ verlangt. Senatorin Hillary Rodham Clinton, die als Anwärterin für die Präsidentschaftskandidatur der Demokraten im Jahr 2008 gehandelt wird, warf dem Präsidenten ein „failure of leadership“ vor.

Senate Minority Leader Harry Reid (D-Nev.) verlangte die Entlassung von Verteidigungsminister Donald H. Rumsfeld. Ein entsprechender Zusatz zur Bewilligungsvorlage des Senats für den Verteidigungshaushalt 2007 wurde von den Republikanern jedoch über die Geschäftsordnung blockiert.

Gleichwohl ist der Ton in der innenpolitischen Debatte um die Irakpolitik der Administration im Vorfeld der Novemberwahlen sehr scharf geworden, und die Demokraten scheuen nicht mehr davor zurück, die Administration auf dem Feld der nationalen Sicherheit offen anzugreifen. So warf Senator John D. Rockefeller (D-W.Va.) Präsident Bush vor, mit seiner verfehlten Irakpolitik die Mittel für den Kampf gegen den Terrorismus an der falschen Stelle gebunden zu haben.

Präsident Bush wiederum sah sich in einer Ansprache an die Nation genötigt, darauf hinzuweisen, dass der Krieg gegen den radikalen Islamismus mehr ist als nur ein „militärischer Konflikt“, sondern der „entscheidende ideologische Kampf des 21. Jahrhunderts“.

5. Überbrückungshaushalt verabschiedet

Der Congress hat Ende September 2006 einen Überbrückungshaushalt (*Continuing Resolution*) verabschiedet, der die Arbeit eines Großteils der Bundesbehörden zunächst auf der Ausgabenhöhe des Haushaltsjahres 2006 bis zum 17. November 2006 fortschreibt.

Die Entscheidung war notwendig geworden, weil es dem Congress, der seine Arbeit erst nach den *Midterm*-Wahlen wieder aufnehmen wird, bis Ende September 2006 nicht gelungen war, die insgesamt dreizehn erforderlichen Bewilligungsgesetze für das Haushaltsjahr 2007 (das rechnungstechnisch am 1. Oktober begonnen hat) zu verabschieden.

Bisher wurden lediglich die Bewilligungshaushalte für die Verteidigung (vgl. Punkt 4) sowie für die innere Sicherheit abgeschlossen. Im vergangenen Jahr war es dem Congress erst am Ende des Kalenderjahres 2006 gelungen, den Haushaltsbewilligungsprozess abzuschließen. Obwohl *House Majority Leader* John A. Boehner angekündigt hat, dass er den Haushaltsbewilligungsprozess 2007 Mitte November nach den *Midterm*-Wahlen zügig abschließen will, sind Zweifel angebracht. Einen Ausweg könnte eine Sammelbewilligung (*Omnibus Appropriations Bill*) weisen, wie schon im Jahr 2004, als der Congress sich dieses Mittels bediente, um den Haushaltsbewilligungsprozess zu einem Ende zu bringen (vgl. CR 12/2004, S. 3).

6. Auszüge aus Geheimdienstbericht zu „Trends in Global Terrorism“ veröffentlicht

Die Demokraten im Congress haben die Veröffentlichung von Auszügen aus einem so genannten *National Intelligence Estimate* (NIE) dazu genutzt, um die Irakpolitik Präsident Bushs erneut scharf zu kritisieren.

Das Dokument, das im April 2006 entstanden ist, trägt den Titel: „Trends in Global Terrorism: Implications for the United States“ und wurde Ende September vom Büro des *Director of National Intelligence* in Auszügen der Öffentlichkeit zugänglich gemacht (http://media.washingtonpost.com/wp-srv/nation/documents/Declassified_NIE_Key_Judgments_092606.pdf).

Es kommt u.a. zu dem Ergebnis, dass

- die Bedrohung durch die „global jihadist movement“ für die Vereinigten Staaten größer geworden ist;
- der „Iraq jihad“ eine neue Generation von Terroristen geformt hat, die den Konflikt im Irak als „cause célèbre“ verstehen, was zu noch mehr Ablehnung der USA in der muslimischen Welt und einem Zufluss neuer terroristischer Kämpfer führen dürfte;
- es verstärkter multilateraler Anstrengungen bedarf, um mit der Bedrohung durch den radikalen Islamismus umzugehen;
- der Iran und zu einem geringeren Ausmaß Syrien zu den aktivsten staatlichen Unterstützern des Terrorismus gehören;

- anti-amerikanische Haltungen weltweit zugenommen haben.

Für die Kritiker aus den Reihen der Demokraten ist das Anlass genug dem Präsidenten vorzuwerfen, dass seine Irakpolitik die nationale Sicherheit der USA mehr gefährdet hat als sie zu erhöhen.

Demgegenüber halten die Republikaner die Verweise auf den NIE und die Angriffe auf die Sicherheitspolitik Bushs für ein bewusstes Manöver, um den Demokraten kurz vor den Wahlen dabei zu helfen, die Kontrolle über den Congress zurückzugewinnen.

Der Vorsitzende des Geheimdienstausschusses im Senat, Pat Roberts (R-Kan.), hat in diesem Zusammenhang vorgeschlagen, den gesamten *National Intelligence Estimate* der amerikanischen Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Auf diese Weise „könnte das amerikanische Volk das Material selbst sehen und zu eigenen Schlussfolgerungen kommen“, so Roberts. Schließlich gehe es in dem Bericht nicht nur um den Irak, sondern „um den globalen Terrorismus“ in allen seinen Facetten.

7. Erneut Wirbel um Warnungen vor Terroranschlägen von 2001

Vorab bekannt gewordene Informationen aus einem neuen Buch des Starreporters der Washington Post, Bob Woodward, unter dem provokativen Titel „State of Denial“ haben Anfang Oktober 2006 die Debatte um Warnungen der US-Geheimdienste vor den Terroranschlägen vom 11. September 2001 in den USA wieder entfacht.

Im Zentrum der aktuellen Diskussion steht die Darstellung Woodwards, der frühere CIA-Chef George J. Tenet habe sich mehrere Monate vergeblich darum bemüht, die neue Administration, die erst Anfang 2001 die Amtsgeschäfte übernommen hatte, dazu zu bewegen, auf die sich verdichtenden Hinweise auf katastrophale Anschläge mit der Entwicklung einer umfassenden Strategie zur Terrorbekämpfung zu reagieren.

Nach Woodwards Ausführungen kulminierten Tenets Bemühungen in einem spontan anberaumten Krisentreffen mit Sicherheitsberaterin Condoleezza Rice am 10. Juli 2001, in dem Tenet und dessen Mitarbeiter Cofer Black mit Hilfe neuester nachrichtendienstlicher Erkenntnisse versuchten, Bewegung in den schleppenden Prozess der Formulierung einer Strategie zur Terrorismusbekämpfung zu bringen und die Administration auf die drohenden Anschläge vorzubereiten.

Nach den zitierten Einschätzungen Tenets und Blacks verfehlte das Krisentreffen jedoch das gesetzte Ziel und Sicherheitsberaterin Rice blieb unbeeindruckt.

Die dramatische Zuspitzung auf das öffentlich bisher nicht bekannt gewordene Treffen von Rice, Tenet und Black löste zunächst erhebliche Verwirrung um das Geschehen aus.

Die jetzige Außenministerin Rice und die Administration bestritten zunächst, dass ein solches Treffen stattgefunden habe, während führende Mitglieder der offiziellen Untersuchungskommission zu den Terroranschlägen („9/11-Commission“) unter dem Vorsitz von Thomas H. Kean (R) und Lee Hamilton (D) bekundeten, sie seien in ihren Interviews mit den Betroffenen nicht darüber informiert worden.

Nach Sichtung der Akten und Protokolle stellte sich jedoch heraus, dass das Treffen tatsächlich stattgefunden hat und die *9/11-Commission* darüber informiert worden war.

Rice hielt jedoch daran fest, dass es absurd sei zu glauben, sie habe Tenet und Black schlicht ignoriert und nicht auf die dringlichen Terrorwarnungen reagiert. Mitglieder der *9/11-Commission* korrigierten ihre Aussagen dahingehend, dass das Treffen protokolliert, aber nicht in der Lesart Woodwards charakterisiert worden ist.

Offensichtlich gehen Woodwards Informationen auf den früheren CIA-Chef Tenet zurück, der sich und die CIA in der Frage der Falschinformationen über die vermeintlichen Chemiewaffen-Programme des Irak zu Unrecht zum öffentlichen Sündenbock gemacht fühlt.

Ungeachtet der Einschätzung der verschiedenen Positionen und Argumente kommt die Veröffentlichung der inneradministrativen Konflikte nur einen Monat vor den *Mid-term*-Wahlen im November (siehe Punkt 10) für die Bush-Administration und die Republikanische Partei zu einem denkbar ungünstigen Zeitpunkt.

Die internen Zwistigkeiten und Schuldzuweisungen unterminieren die Selbstdarstellung der Regierung, die mit Blick auf den laufenden Wahlkampf die Sicherheitspolitik in den Vordergrund ihrer gegenwärtigen Öffentlichkeitsarbeit gerückt hat.

Darüber hinaus deutet die Debatte in ihrer Schärfe an, dass die Aufklärung der Ereignisse im Vorfeld der verheerenden Terroranschläge und insbesondere der Arbeit der Regierung und der Sicherheitsdienste erhebliche Erklärungslücken aufweist und die Öffentlichkeit bisher kaum zufrieden stellt.

8. Entscheidung über Nominierung von VN-Botschafter Bolton vertagt

Der Auswärtige Ausschuss des Senats hat Anfang September 2006 sein Votum über die Verlängerung der Amtszeit des politischen umstrittenen Botschafters der USA bei den Vereinten Nationen (VN), John R. Bolton, vertagt (vgl. CR 7-8/2006, S. 12).

Bolton war von Bush auf Grund des Widerstands gegen seine Nominierung im vergangenen Jahr im Wege eines *Recess Appointment* zum VN-Botschafter ernannt worden (vgl. CR 7-8/2005, S. 11). Da seine Amtszeit aber mit dem Ende des 109. Congress im Januar 2007 enden würde, hat der Präsident Bolton nun erneut für den Posten

des VN-Botschafters nominiert.

Das setzt jedoch voraus, dass zunächst der Auswärtige Ausschuss und dann das Senatsplenum die Nominierung mit einfacher Mehrheit bestätigt. Die Chancen hierfür scheinen jedoch solange gering, wie eines der zehn republikanischen Mitglieder des *Senate Foreign Relations Committee*, Lincoln Chafee (R.I.), Bolton die Unterstützung verweigert, was im Übrigen auch alle acht demokratischen Mitglieder im Ausschuss tun.

Chafee hat Außenministerin Condoleezza Rice Anfang September 2006 einen Brief geschrieben, in dem er um Beantwortung einer Reihe von Fragen zur Nahostpolitik der Administration vor einer abschließenden Bewertung der neuerlichen Nominierung Boltons gebeten hat.

Richard G. Lugar (R-Ind.), Fraktionskollege Chafees und Vorsitzender des Auswärtigen Senatsausschusses, war daraufhin gezwungen, die Abstimmung über Boltons Nominierung bis nach den Novemberwahlen zurückzustellen. Ob dann allerdings die Zeit noch ausreichen wird, um nicht nur im *Foreign Relations Committee*, sondern auch im Senatsplenum vor Ende der Legislaturperiode noch eine Abstimmungsentscheidung herbeizuführen, bleibt abzuwarten.

9. Foley-Skandal erschüttert republikanische Führung des Repräsentantenhauses

Der republikanische Abgeordnete Mark Foley (Fla.) ist nach Berichten von ABC News über persönliche Annäherungsversuche an minderjährige Praktikanten im Congress am 29. September 2006 von seinem Amt zurück getreten.

In einer Stellungnahme bedauerte Foley sein Verhalten und entschuldigte sich bei seiner Familie, seinem Wahlkreis und seinen Kollegen. Als Auslöser seiner Verfehlungen nannte der Abgeordnete seine bisher geheim gehaltene Homosexualität so wie seine Alkoholsucht, für die er nun therapeutische Hilfe suche.

Die Enthüllung des Skandals hat die republikanische Führung des Repräsentantenhauses um *Speaker Denny Hastert*, die für die Aufsicht über das Praktikumsprogramm für Jugendliche zuständig ist, schwer erschüttert und zu Rücktrittsforderungen geführt.

Nachdem Speaker Hastert zunächst beteuerte, er habe erst aus den Fernsehnachrichten von dem skandalösen Verhalten Foleys erfahren, widersprachen republikanische Kollegen wie Thomas M. Reynolds (N.Y.), Vorsitzender des *National Republican Campaign Committee* (NRCC), und *Majority Leader* John A. Boehner (Ohio) Hasterts Darstellungen öffentlich.

Hastert räumte daraufhin ein, über Foleys übermäßig freundliches Bemühen um die Praktikanten informiert gewesen zu sein. Der *Speaker* hielt jedoch daran fest, dass die

Ausrichtung der Kontakte kein Gegenstand der Gespräche über Foley gewesen sei und dass sein Büro davon ausging, die Angelegenheit sei beigelegt.

Demgegenüber zeichnet sich nach Medien-Berichten ab, dass Foleys Annäherungsversuche an Jugendliche für viele Praktikanten, Mitarbeiter des Congress und selbst Abgeordnete ein offenes Geheimnis waren.

Die demokratische Opposition, aber auch eine Reihe konservativer Publizisten sehen in dem Verschleppen der Warnungen und einer ernsthaften Behandlung des Problems ein gravierendes Versäumnis des *Speaker* wie der republikanischen Fraktionsführung und fordern entsprechende Konsequenzen.

Um eine detaillierte Aufklärung der Vorgänge bemühen sich nun nicht nur das Justizministerium und das *Federal Bureau of Investigation* (FBI), sondern auch das *House Committee on Standards of Official Conduct*.

Während sich das FBI auf strafrechtlich relevante Vergehen Foleys konzentriert, steht für den paritätisch besetzten Ethikausschuss des Repräsentantenhauses unter Führung von Doc Hastings (R-Wash.) und Howard L. Berman (D-Cal.) das augenscheinliche Versagen der Kontrolle des Praktikanten-Programmes im Vordergrund.

Die republikanischen Parteispitzen und selbst Präsident Bush haben sich angesichts der wachsenden öffentlichen Kritik vorerst hinter *Speaker* Hastert gestellt, der alle Rücktrittsforderungen kategorisch zurück gewiesen hat und die Opposition einer politisch motivierten Kampagne gegen ihn bezichtigt.

Hasterts ungelenkes Beharren darauf, dass er sich keinerlei Versäumnis zu Schulden habe kommen lassen, hält aber die Debatte über den Skandal und den Umgang der Parteiführung mit Foleys Verhalten auf den Titelseiten der nationalen Medien.

Nur knapp einen Monat vor den Wahlen zum Congress (siehe Punkt 10) sieht sich die in den letzten Monaten ohnehin glücklos agierende Republikanische Partei mit einem neuen Problem konfrontiert, das nach ersten Meinungsumfragen das Vertrauen der Wähler weiter untergräbt.

Nach einer Gallup-Umfrage vom 10. Oktober 2006 glaubt eine klare Mehrheit der US-Bürger, die republikanische Führung des Repräsentantenhauses habe sich mehr um eine Vertuschung des Skandals als um dessen Aufklärung bemüht.

Darüber hinaus bleibt der Name Mark Foleys in den kommenden Wahlen auf dem Stimmzettel in seinem vormaligen Wahlkreis stehen, so dass dem designierten Ersatzkandidaten der Partei, Joe Negron, bisher Abgeordneter in Floridas Landesparlament, dem die Foley-Stimmen in der Auszählung zugerechnet werden, keine Chancen eingeräumt werden.

Neben dem Image-Schaden muss die Republikanische Partei nun mit dem Verlust ei-

nes zuvor als sicher gehandelten Wahlkreises rechnen, angesichts eines voraussichtlich harten Ringens um die Sicherung der Mehrheit im Repräsentantenhaus ein herber Rückschlag.

10. Congress-Wahlen 2006: Zitterpartie um Mehrheiten

Kaum einen Monat vor den Wahlen zum 110. Congress im November 2006 deutet sich für Demokraten wie Republikaner eine Zitterpartie um die Mehrheiten in Repräsentantenhaus und Senat und damit die Kontrolle der Legislative an.

In den Wahlen zum Congress, die im Zweijahres-Rhythmus abgehalten werden, entscheiden die Wähler in den Distrikten und Einzelstaaten jeweils über die Besetzung der 435 Abgeordnetensitze des Repräsentantenhauses und knapp 1/3 der Sitze des Senats, in diesem Jahr 33.

Im Repräsentantenhaus stellen die Republikaner gegenwärtig 230 Abgeordnete, die Demokraten 201; den Kongressdistrikt Vermonts vertritt der Demokratische Sozialist Bernie Sanders, drei weitere Sitze sind vakant.

Dem Senat gehören 55 Republikaner, 44 Demokraten sowie der parteiunabhängige Senator James M. Jeffords (I-Vt.) an, der 2001 aus der Republikanischen Partei ausgetreten ist.

Die so genannten *Midterm Elections*, die Congress-Wahlen zwischen zwei Präsidentschaftswahljahren, gelten traditionell als Referendum über die Arbeit der Regierung und damit die Partei des amtierenden Präsidenten.

Als Daumenregel gilt, dass je nach Wirtschaftslage und öffentlichem Zuspruch zur Amtsführung des Präsidenten die regierende Partei mehr oder weniger Sitze verliert. Allerdings hat sich die Prognosekraft dieser Regel seit den 1980er Jahren zusehends abgeschwächt, und in den Zwischenwahlen 1998 und 2002 konnten die Parteien der Präsidenten Clinton und Bush sogar leichte Zugewinne verbuchen.

Für die Republikanische Partei zeichnet sich aber 2006 ein schwieriges Wahljahr ab. Die anhaltend niedrige Zustimmung der Öffentlichkeit zur Arbeit des Präsidenten (die nach den historischen Rekordwerten der Vorjahre um die 40 Prozent-Marke pendelt), der Strom negativer Nachrichten aus dem besetzten Irak sowie die unterschwellige Unzufriedenheit mit der generell positiven Wirtschaftsentwicklung (die allerdings nicht die Breite der Bevölkerung erreicht), lassen die oppositionellen Demokraten auf Zugewinne hoffen.

Die Republikaner setzten darauf, ihre Mehrheiten in beiden Kammern mit den bewährten Wahlkampfthemen der nationalen Sicherheit und der Bekämpfung der illegalen Zuwanderung (siehe Punkt 3) verteidigen zu können. Darüber hinaus bauen sie auf die

Mobilisierung religiös konservativer Wähler durch eine Wertedebatte um Themen wie gleichgeschlechtliche Ehen, den Schutz des ungeborenen Lebens und andere so genannte *American values issues*.

Zudem hoffen sie, dass im Repräsentantenhaus die parteipolitisch orientierte Einteilung der Wahlkreise (*gerrymandering*) und das enorme Potenzial republikanischer Wahlkampfspenden die überwältigende Mehrzahl der Amtsinhaber (*incumbents*) ihrer Partei vor einer Niederlage schützt.

Seit Mitte September verdichten sich jedoch die Hinweise darauf, dass die Demokraten möglicherweise Mehrheiten in beiden Kammern gewinnen könnten.

Das ist weniger das Ergebnis eines politischen Alternativprogrammes, sondern spiegelt vielmehr die wachsende Unzufriedenheit mit der Politik der Bush-Administration wider.

Die im September bekannt gewordenen internen Streitigkeiten in der Administration um den Irak-Krieg wie die Regierungsarbeit im Vorfeld der Terrorangriffe vom 11. September 2001 (siehe Punkt 7) haben im Zusammenspiel mit dem Strom schlechter Nachrichten über die sich zuspitzende Situation im besetzten Irak den Kompetenzvorsprung der Republikanischen Partei in der Sicherheitspolitik sichtlich untergraben.

Aktuelle Umfragen weisen aus, dass die Wähler der Opposition in den zentralen wirtschafts- und sozialpolitischen Fragen eine größere Kompetenz zuweisen und dass die Demokraten in der Sicherheitspolitik und der Terrorismusbekämpfung zu den bisher dominanten Republikanern aufgeschlossen haben.

Darüber hinaus hat der Skandal um den republikanischen Abgeordneten Mark Foley (Fla.), der von der republikanischen Führung des Repräsentantenhauses bestenfalls schleppend aufgegriffen worden ist (siehe Punkt 9), Befürchtungen genährt, die ohnehin unzufriedenen Wähler der „religiösen Rechten“ könnten am Wahltag zu Hause bleiben und damit die Partei wertvolle Stimmen kosten.

Die Demokraten benötigen für eine Mehrheit im Repräsentantenhaus einen Zugewinn von nur 16 Sitzen (der Sitz des parteiunabhängigen Abgeordneten Bernie Sanders (Vt.) wird dabei in der Regel eingerechnet). Nach internen Schätzungen geht die republikanische Fraktion selbst von Verlusten von 7 bis 30 Sitzen aus, Fachleute halten Verluste von maximal 40 Sitzen für möglich.

Im Senat ist ein Mehrheitswechsel aufgrund des relativ größeren Sitzvorsprungs der Republikaner weniger wahrscheinlich. Doch unter den gegenwärtigen Vorzeichen gehen Wahlkampfbeobachter davon aus, dass die Demokraten mit Siegen in Montana, Missouri, Ohio, Pennsylvania, Rhode Island, Tennessee und Virginia eventuell die 50-Sitze-Marke überschreiten können.

Allerdings sieht sich der demokratische Senator Bob Menendez in New Jersey mit ei-

nem überraschend starken republikanischen Herausforderer, Thomas Kean Jr., konfrontiert. In Connecticut ist zudem Senator Joe Lieberman, der in den demokratischen Vorwahlen einem innerparteilichen Konkurrenten unterlegen ist und nun als parteiunabhängiger Kandidat antritt, der Favorit.

Den Republikanern und Präsident Bush, der sich mit persönlichen Wahlkampfauftritten zwar zurück hält, aber stark in der Einwerbung von Spenden engagiert ist, bleiben kaum vier Wochen, um das Blatt noch zu wenden.

Sicher scheint jetzt schon, dass die Wahlergebnisse mit Blick auf die Mehrheiten in beiden Kammern des 110. Congress sehr knapp ausfallen dürften, was angesichts der wachsenden zwischenparteilichen Spannungen und Polarisierungen die Bildung von Mehrheitskoalitionen für die Gesetzgebung schwieriger machen dürfte.



Congress Report, ISSN 0935-7246

Redaktion
Dr. Söhnke Schreyer
Prof. Dr. Jürgen Wilzewski

Beirat
Prof. Dr. Ernst-Otto Czempel

Druck
Technische Universität Kaiserslautern
Postfach 3049
D-67653 Kaiserslautern

http://www.uni-kl.de/politik/pubs/congress_report